

IVL zum Streikverbot für Beamte: Wer Beamte zum Streik animiert, handelt unverantwortlich!

„Es ist gleich in mehrerlei Hinsicht unverantwortlich, wenn eine Gewerkschaft wie die GEW ihre verbeamteten Mitglieder zum Streik animiert und wenn dienstrechtliche Konsequenzen drohen, Rechtsschutz gewährt“, kommentiert die Landesvorsitzende der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL) die momentane Diskussion um das Streikverbot für Beamte.

Aus Sicht der IVL ist die Vermittlung von Schulbildung ganz eindeutig eine hoheitliche Aufgabe unseres Staatswesens. „Gerade die von der GEW so häufig geforderte ‚Bildungsgerechtigkeit‘ kann doch wohl kaum durch wochenlang geschlossene Schulen erreicht werden“, so Rhenius.

Ebenso unverantwortlich sei dieses Vorgehen mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen. Rhenius: „Es ist unredlich, den verbeamteten Lehrkräften vorzugaukeln, dass es völlig unproblematisch sei, sich an Streiks zu beteiligen, da man ja für rechtlichen Beistand Sorge.“ Es entsteht dabei zudem der Eindruck, dass es sich hierbei im Wesentlichen um Funktionärsdebatten handelt, die zu deren Profilierung dienen soll.

„Dass durch solche Aufrufe der hoheitliche Auftrag von Lehrkräften und damit am Ende der Beamtenstatus infrage gestellt wird, muss auch den betreffenden Gewerkschaften bewusst sein. Sie spielen auf Kosten der gegenwärtigen und zukünftigen Kolleginnen und Kollegen mit dem Feuer“, so Rhenius abschließend.